Tagesordnung:

1. Fragemöglichkeit für Zuhörer

- a) Ein Zuhörer erkundigt sich nach dem Grenzstein zwischen Vörstetten und Gundelfingen, welcher derzeit noch bei der Straßenmeisterei eingelagert wird.
- b) Auf Nachfrage eines Zuhörers erklärt Bürgermeister Brügner, dass Verkehrsregelungen durch die Straßenverkehrsbehörde des Landratsamtes Emmendingen angeordnet werden. In der Schwarzwaldstraße gelte aufgrund der engen Straßenverhältnisse ein gesetzliches Halteverbot, welches durch die Straßenverkehrsbehörde nun mit einer entsprechenden Beschilderung verdeutlicht wurde.

2. Bestätigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 19.06.2017

Eine Fertigung der Niederschrift wurde drei Mitgliedern des Gemeinderates mit der Ladung zu dieser Sitzung zugestellt und unterschriftlich bestätigt.

3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Entfällt.

4. Aufhebung der Veränderungssperre für das Gebiet „Grub“ (Drucksache 73/2017)

Bürgermeister Brügner erläutert den Sachverhalt gemäß der Beschlussvorlage. Am 06.03.2017 wurde zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für den Bereich des Bebauungsplanes „Grub (2. Änderung)“ und der angrenzenden Wohnbau- und Mischbauflächen mit den vorhandenen Dienstleistungs- und Versorgungsbetrieben eine Veränderungssperre nach § 14 BauGB erlassen.

Bürgermeister Brügner begrüßt Herrn Verbandsbaumeister Carsten Müller. Dieser berichtet, dass nach dem Erlass der Veränderungssperre und nach Gesprächen mit einem potentiellen Bauwilligen einer Vergnügungsstätte in diesem Gebiet, das geplante Vorhaben so umgeplant wurde, dass diesem städtebauliche Ziele aus rechtlicher Sicht nicht weiter entgegengehalten werden können.

Die Änderungen der geplanten Vergnügungsstätte enthalten eine Verringerung der Nutzfläche von 10 %, die Verlegung des Haupteingangs zur Straßenseite, eine Eingrünung zur Wohnbebauung sowie die Bestätigung, dass keine Außenbewirtung stattfinden werde. Herr Müller weist daraufhin, dass es aus rechtlicher Sicht keinen Sinn mache, an der Veränderungssperre festzuhalten. Die Gemeinde sich würde sich dadurch möglichen Schadenersatzforderungen aussetzen. Er empfiehlt daher, die Aufhebung der Veränderungssperre durch die beigefügte Aufhebungssatzung zu beschließen.

Dies wird von vielen Gemeindevräte zwar nicht befürwortet, aber die rechtlichen Regelungen sollen eingehalten und akzeptiert werden. Daher folgen einige Gemeinderäte der Auffassung der Verwaltung und sprechen sich für die Aufhebung der Veränderungssperre auf.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aufhebung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Grub“ als Satzung entsprechend der beigefügten Anlage.

5. Abschluss von Gaslieferverträgen (Drucksache 72/2017)

Bürgermeister Brügger erläutert den Sachverhalt gemäß der Beschlussvorlage. Zum 31.12.2017 läuft der derzeit noch bestehende Gasliefervertrag aus dem Jahr 2013 zwischen dem Energieversorgungsunternehmen Badenova aus Freiburg und der Gemeinde Vörstetten aus. Die derzeit bestehenden Verträge verlängern sich automatisch um ein Jahr, sofern nicht einer der Vertragspartner den Vertrag kündigt. Der Gesamtverbrauch der Gemeinde lag im Jahr 2016 bei ca. 380.000 kW/h. Im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung bzw. entsprechenden Preisabfragen bei verschiedenen Energieversorgungsunternehmen wird erwartet, für die nächsten Jahre günstige Konditionen zu erhalten. Bürgermeister Brügger schlägt daher vor, über den reinen Energiepreis für die Gasbelieferung der Gebäude und Einrichtungen der Gemeinde Vörstetten Preisinformationen einzuholen, mit dem Ziel, einen preisgünstigen Anbieter für die Gasbelieferung zu finden. Die Vergabe erfolgt selbstständig durch die Verwaltung nach Prüfung der Angebote an den wirtschaftlichsten Anbieter. Über das Ergebnis wird der Gemeinderat im Nachgang dann informiert.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die derzeit laufenden Gaslieferungsverträge für die kommunalen Gebäude und Einrichtungen fristgerecht zu kündigen und entsprechende Preisabfragen für den Abschluss neuer Gaslieferverträge durchzuführen.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung einstimmig, nach Prüfung der eingegangenen Angebote die selbständige Vergabe an den günstigsten Anbieter durchzuführen. Über das Ergebnis der Vergabe wird im Nachgang entsprechend informiert.

6. Safer Traffic – Erhöhung der Kosten (Drucksache 78/2017)

Im Jahr 2016 musste aufgrund der Kostenentwicklung die pauschale Kostenbeteiligung am Safer Traffic-Verkehr für die Gemeinden Gundelfingen, Heuweiler, Vörstetten und Reute auf 1.230 € erhöht werden. Aufgrund der weiteren Kostensteigerungen, insbesondere auch im Bereich des Taxi-Verkehrs sieht sich die VAG Freiburg nicht weiter in der Lage, den Safer-Traffic Verkehr zu subventionieren. Vorgeschlagen wird daher, künftig die Kosten entsprechend der jeweils auf die Gemeinde anfallenden Beträge komplett durch die Gemeinde erstatten zu lassen. Dadurch würde sich der von der Gemeinde Vörstetten zu tragende Aufwand von 1.230 € auf ca. 4.000 € pro Jahr erhöhen. Die Verwaltung hat Gespräche mit möglichen anderen Anbietern geführt, um ggf. ein kostengünstigeres Angebot zu erhalten. Aufgrund der Tatsache, dass die anderen Gemeinden sich aber bereits für die Beibehaltung der Zusammenarbeit mit der VAG ausgesprochen haben, ist kein günstigeres Angebot mehr möglich. Ein Gemeinderatsmitglied verdeutlicht die Auswirkungen des Angebots auf Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Dieses Sicherheitsgefühl dürfe nicht abhängig vom Wohnort sein. Bürgermeister Brügger schlägt vor, das Safer-Traffic Angebot entsprechend beizubehalten. Gegebenenfalls kann für das Jahr 2019 versucht werden, eine günstigere Lö-

sung mit den anderen Gemeinden zu erarbeiten.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das Safer-Traffic Angebot trotz der zu erwartenden Kostensteigerung beizubehalten.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung einstimmig damit, weiterhin an einer kostengünstigeren Lösung zu arbeiten.

7. Verschiedenes, Fragen und Anregungen

- a) Bürgermeister Brügner berichtet, dass der Gemeinde für das Klimaschutzkonzept ein Zuschuss von dem Projektträger Jülich - Forschungszentrum Jülich GmbH - in Höhe von 17.000 € zugesprochen wurde.
- b) Ein Gemeinderatsmitglied weist auf Teerschäden in der Denzlinger Straße hin.
- c) Ein Gemeinderatsmitglied merkt an, dass parkende Autos in der Denzlinger Straße gegenüber Einmündung der Pfarrstraße das Ein- und Ausfahren aus der Straße erschweren.

8. Fragemöglichkeit für Zuhörer

- a) Ein Zuhörer erkundigt sich den vorhandenen Stellplätzen bei einem geplanten Bauvorhaben.